Solidarisch, gerecht, demokratisch, friedlich

Anstoß

DIE LINKE. SAALFELD-RUDOLSTADT

www.die-linke-saalfeld-rudolstadt.de

LINKE Nachrichten, Termine und Meinungen aus Land und Region

Februar 2015

„Wer das Weinen verlernt hat, der lernt es wieder beim Untergang Dresdens.“

Gerhart Hauptmann

Vom 13. bis zum 15. Februar 1945 flogen die Alliierten Luftstreitkräfte der USA und des Vereinigten Königreichs in vier Angriffswellen auf Dresden und übersäten die Stadt mit einem Bombenteppich. Bis zu 25.000 Menschen (und nicht, wie zu Propagandazwecken oft behauptet, das Zehnfache) kamen dabei ums Leben. Die alliierten Luftangriffe auf die Städte Nazideutschlands waren Folgen des entfesselten „totalen Krieges“ des Hitlerregimes und des Nazireiches gegen Europa, Afrika, Amerika und die Sowjetunion. Noch zu Beginn des Luftkrieges beschränkten sich die Bombardements vorwiegend auf Industrieanlagen. Später sollte durch gezielte Zerstörung von Arbeitersiedlungen und ganzen Städten die Moral der Bevölkerung und der Arbeiter gebrochen werden, um die Kriegsproduktion des Nazireiches endgültig lahmzulegen.

Historiker befassen sich seit Jahrzehnten mit der Frage, ob diese Angriffe notwendig waren, ob sie völkerrechtlich zulässig waren oder nicht. Doch angesichts des unvorstellbaren Leids, das durch das Deutsche Reich in weiten Teilen der Welt provoziert und verursacht wurde, angesichts des mit dem Holocaust begangenen bestialischen Völkermordes und dem völligen Versagen jedweder Vernunft und Menschlichkeit lässt sich letztendlich konstatieren, dass die Zerstörung der Städte unmittelbare Folgen einer ideologischen Verblendung waren, die auf Fremdenhass, Feindseligkeit, Misstrauen, Größenwahn und idiotischen Rassenphantasien gründeten und in einem unbegreiflichen und absurden Krieg mündeten, den Deutschland über die Welt gebracht hat. Zum Jahrestag der Bombardierung Dresdens wiederholt sich Jahr für Jahr der widerliche Versuch der Ewiggestrigen und Unbelehrbaren, die Geschichte auf den Kopf zu stellen. Neonaziverbände missbrauchen den Gedenktag für die bei den Angriffen umgekommenen Dresdner und Flüchtlinge für ihre eigenen propagandistischen Zwecke. In Dresden gehen heute um den 70.Jahrestag der Zerstörung der Stadt mit PEGIDA die größten Versammlungen mit fremdenfeindlichem Motiv seit Ende dieses Krieges auf die Straße. Jahr für Jahr wird erneut versucht, das „Gedenken“ zu missbrauchen. Es heißt, Geschichte wiederholt sich. Wer die Entwicklung der Intoleranz, die sich wieder auf eine völkische Abstammung beruft, und dem kriegstreiberisch politischen Größenwahn, der sich schon wieder gegen andere Völker richtet, nicht erkennt, verharmlost oder billigend in Kauf nimmt, hat nicht verstanden, weshalb Dresden in Schutt und Asche liegt.

T.P.

Bild: Ruine der Frauenkirche

Fundstelle: http://commons.wikimedia.org/wiki/File:Blick_durch_die_M%C3%BCnzgasse_zur_Ruine_der_Frauenkirche.JPG

Creatice Common License 3.0

Neue Herausforderungen:

Fraktionsarbeit 2015 im Landkreis

Das Jahr 2014 mit seinen Kommunal- und Landratswahlen liegt hinter uns. Trotz der akzeptablen Ergebnisse werden uns deren Schatten und Nachwirkungen erhalten bleiben. Der Verlust eines Mandates und damit eines Sitzes in fast allen Ausschüssen durch den Austritt von Frau Klette schmerzt. Alle Bemühungen, sie eines Besseren zu belehren, zu bitten und sie

Andreas Grünschneder
Foto: privat

in der Fraktion zu halten, prallten an ihrer mangelnden Aufgeschlossenheit gegenüber unseren Argumenten ab. Nicht, dass man sie fachlich vermissen würde oder die Causa Klette unser Selbstbewusstsein entscheidend schmälerte – nein, es ist die gefühlte, durch sie künstlich herbeigeführte Korrektur des Wahlergebnisses, die durch ihr verantwortungsloses Handeln herbeigeführt wurde. Eine Lehre für uns alle. Es spricht viel dafür, Menschen, die für unsere Partei als Kandidaten antreten möchten, länger kennen zu lernen – lernen, sie zu kennen. Kurzsichtige Schnellschüsse vor Wahlen können zu Verlusten führen. Mancher sollte doch erst Erfahrungen sammeln und sich den einen oder anderen Lorbeer in der praktischen politischen Arbeit verdienen, bevor ihr/ihm gleich ein führendes Mandat angelobt wird.

Der Kreisverband der LINKEN. unterstützte den Landratskandidaten der SPD, Marko Wolfram, öffentlich und tatkräftig. Viele haben uns das hoch angerechnet. Nach den unzureichenden Wahlergebnissen für die Sozialdemokraten bei den Kommunalwahlen im Landkreis war der Gewinn des Landratspostens ein seelisches Labsal für sie. Mit großer Sicherheit steht fest: Ohne Unterstützung der LINKEN. wäre Marko Wolfram nicht Landrat geworden. Als einer von uns, der ihn gewählt hat, werde ich genau beobachten, wie tief diese Unterstützung in seinem Gedächtnis verankert ist. Auch unser Kreisvorstand ist diesbezüglich m.E. in der Verantwortung. Die Erhaltung der Kreisstraßenmeisterei (KSM)– von Hartmut Holzhey noch zur Disposition gestellt – ist ein positiver Beginn gewesen. Allerdings ist dieser Vorgang auch vor dem Hintergrund zu betrachten, dass nach unseren ersten Interventionen gegen die Ausschreibung und Privatisierung der KSM auch die CDU und die Fraktion BfdL auf die Gegenposition einschwenkten, so dass für eine Privatisierung der Leistungen der KSM praktisch keine Mehrheiten im Kreistag vorhanden waren.

Doch es geht um mehr: Auch wenn Kommunalpolitik zumeist an Sachfragen orientiert ist, so brauchen wir doch eine Politik links der Mitte, nah am Bürger, weg von jeglicher politischer Beliebigkeit. In der letzten gemeinsamen Sitzung der LINKEN. mit der Fraktion SPD/Grüne im Dezember haben wir einen ersten Schritt in diese Richtung getan und unsere politischen Inhalte auf den Tisch gelegt:

- Prüfung eines Fahrgastbeirates bei der KOMBUS
- Wiedereinführung der Tonnagebegrenzung (unter 40 t) auf der K 111 und der Ortsdurchfahrt Sundremda; Unterstützung der dortigen Bürgerinitiative
- Stärkung bzw. Schaffung eines Willkommensklimas für Asylbewerber und Flüchtlinge im Landkreis
- Erarbeitung eines Klimaschutzkonzeptes für den Landkreis unter Einbeziehung der Kommunen
- Interaktives Angebot eines Bürgerhaushaltes und anderer frei zugänglicher Formen der Mitbestimmung der Bürger außerhalb von facebook
- Prüfung der Einführung eines Kinder- und Jugendparlaments
- Mehr Transparenz der Kreistagsarbeit durch Veröffentlichung der Protokolle des Kreistages (öffentliche Sitzungen) im Internet
- Strikte Beachtung von Naturschutz- und Tierschutzgesetzen im Landkreis
- Ausbau der verkehrstechnischen Infrastruktur im Landkreis unter besonderer Beachtung der Autobahnanbindungen
- Erarbeitung einer Tourismuskonzeption für den Landkreis
- Unterstützung aller (denkmalschützerischen) Aktivitäten zur Wiederbelebung des Kulturpalastes in Unterwellenborn
- Abschluss der Schulsanierungen in dieser Wahlperiode
- Freigestellte Teilnahme der ehrenamtlichen Beigeordneten an den Dienstberatungen des Landrates (trotz mehrfacher Aufforderungen bisher vom Landrat nicht eingeräumt)
- Fairer Umgang mit den kreisangehörigen Kommunen
- Zeitnahe Einladung des Ministerpräsidenten Bodo Ramelow noch in den nächsten zwei Monaten zum Meinungsaustausch; dabei müssen u.a. folgende Themen miteinander besprochen werden: Überarbeitung des kommunalen Finanzausgleichs, klare Aussagen zur Finanzierung der Kommunen 2015, Infrastrukturmaßnahmen im Landkreis unter besonderer Beachtung der zügigen Anbindung der B 90 neu an die Autobahn, Erstaufnahmeeinrichtung in Rudolstadt, Einrichtung des Landesarchivs an der Ankerwerkskreuzung in Rudolstadt, Gestaltung der Theaterfinanzierung ab 2016 sowie eines Teils der oben genannten u.a.

In der Januarsitzung unserer Fraktion wird über die praktische Umsetzung dieser Vorschläge beraten. Weitere Hinweise aus den Reihen und von außerhalb unseres Kreisverbandes sind willkommen.

Andreas Grünschneder
Fraktionsvorsitzender

Danke für Ihre Spende
DIE LINKE. Saalfeld-Rudolstadt
IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
BIC: HELADEF1SAR
Anstoß
redaktion.anstoss@gmx.de

Neues aus dem Kreisvorstand

In seiner Sitzung vom 19.1. befasste sich der Kreisvorstand nach der Bestätigung der Protokolle November und Dezember mit den Informationen aus dem Landtag, welche Katharina und Rainer gaben.

Die Landtagsfraktion bereitet die Landespressekonferenz für Ende Januar vor und es wurden für die einzelnen Arbeitsbereiche die Sprecher gewählt.

Die Vorbereitungen für den nächsten Koalitionsausschuss laufen – zu klären ist u.a., wie mit kleinen Anfragen der Abgeordneten der Regierungskoalition umgegangen werden soll.

Es ist noch nicht entschieden, ob im leerstehenden Krankenhaus in Rudolstadt eine Erstaufnahmeeinrichtung eingerichtet wird. Vorbereitungen dazu laufen, es ist aber noch kein Beschluss gefasst.

Die Vorbereitungen für die Neueinsetzung des NSU-Untersuchungsausschuss laufen ebenso.

Katharina bereitet einen Antrag auf die Einsetzung einer Enquetekommission in Thüringen zum Thema Rassismus vor.

Andreas Grünschneder gab einen Bericht zur Arbeit der Kreistagsfraktion. Der Arbeitsplan 2015 liegt vor. Genaueres zur Arbeit der Kreistagsfraktion ist in Andreas' Artikel auf Seite 2 zu finden.

Andreas berichtete über die Arbeit der Integrationsbeauftragten, die als Ehrenamtliche mit der anfallenden Arbeit überfordert ist und jede Unterstützung gern annimmt. Sie wird in der nächsten Fraktionssitzung am 20.1. über ihre Arbeit berichten.

Die Diskussion um einen 3. ehrenamtlichen Beigeordneten ist noch im Gange.

Norbert berichtet über den Stadtrat Saalfeld. Die Bürgerbefragung zum Fachmarktzentrum am Bahnhof läuft. Unsere Stadtratsfraktion lehnt den Bau des Fachmarktzentrums ab.

Die Finanzsituation der Stadt Saalfeld ist nach wie vor sehr schwierig, es gibt noch keinen Haushalt.

Götz berichtet von der Arbeit der Rudolstädter Stadtratsfraktion. Die Zusammenarbeit der Fraktion mit den Fraktionen von SPD und Grünen hat begonnen, sonst besteht wegen der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat keine Möglichkeit der politischen Einflussnahme.

Manfred legte den Finanzplan für 2015 vor, dieser wurde einstimmig bestätigt.

Katharina und der Rudolstädter Stadtverband bereiten eine Veranstaltung zum Thema Erstaufnahmeeinrichtung, in Rudolstadt vor.

Rick berichtete abschließend vom Ergebnis der Spendenaktion für die Flüchtlinge im Landkreis, das Ergebnis war gut. Er dankte allen Mitwirkenden.

In einer persönlichen Erklärung gab ich meinen Rücktritt aus dem Kreisvorstand zum 31.1.2015 bekannt. Ich werde aus beruflichen Gründen nach Leipzig ziehen, aber weiterhin Mitglied im Kreisverband bleiben. In den Kreisvorstand rückt Jürgen Reuß nach.

Norbert Schneider

Wir nehmen Abschied von unserer Genossin

Marianne Nauber

01.08.1928 – 28.12.2014

In ehrendem Gedenken
Stadtverband Saalfeld

Herr Holzhey und der Kreistag

Leserbrief an die OTZ

Herr Holzhey betrachtet also die vom Landesverwaltungsamt durchgesetzte Einhaltung von Gesetzen als „dogmatische Positionierung“ und „eklatante Missachtung des zur Kreistagswahl dokumentierten demokratischen Bürgerwillens“. In der Thüringer Kommunalordnung §102 Abs.4 heißt es: „Zu Kreistagsmitgliedern gewählte Personen können ihr Amt nicht antreten..., wenn sie gleichzeitig tätig sind als Beamte... des Landkreises.“ Und weiter: „Dies gilt nicht, wenn die zum Kreistagsmitglied gewählte Person von ihrem Dienst- oder Arbeitsverhältnis ohne Bezüge beurlaubt ist...“. Letzteres war jedoch nicht der Fall. Deshalb stellte das Landesverwaltungsamt gemäß §30 Abs.6 des Thüringer Kommunalwahlgesetzes (ThürKWG) für den damaligen Landrat das Amtsantrittshindernis fest.

Nun hatte Herr Holzhey in Erklärungen auch schon vor der Wahl seine Absicht ausgedrückt, nicht als Scheinkandidat in den Wahlkampf gehen, sondern das Mandat annehmen zu wollen. Seine Anhänger und Gegner fanden dies löblich angesichts der Scheinkandidaturen anderer Amtspersonen des Landkreises. Wählerinnen und Wähler hatten es ihm auch honoriert.

In seiner guten Absicht übersah(?) Herr Holzhey aber §29 des ThürKWG. Dort heißt es, dass die Wahl als angenommen gilt, wenn sie nicht durch schriftliche Erklärung abgelehnt wird. Das hatte Herr Holzhey nicht getan. Im Gegenteil, er hatte erklärt, dass er sein Mandat wahrnehmen will. Aber erst nach seinem Rücktritt als Landrat zum 30. September. Im genannten Paragrafen steht jedoch auch: „Die Wahl kann nur vorbehaltlos angenommen werden, der Annahmeerklärung beigefügte Vorbehalte und Nebenabsprachen sind unwirksam.“ Klarer geht's nicht. Ein Gericht müsste Recht beugen, um Herrn Holzhey die Tür in den Kreistag zu öffnen.

Herr Holzhey stellt sich als Opfer dar, obwohl nur geltendes Recht angewandt wurde. Er hätte mit seiner Wahl in den Kreistag sofort als Landrat zurücktreten müssen oder sich ohne Bezüge beurlauben lassen. So aber wurde er zu einem weiteren Scheinkandidaten.

Hubert Krawczyk

PEGIDA nun im Landkreis

Neonazi-Aufmarsch am 1. Mai in Saalfeld

In der vorangegangenen Ausgabe des Anstoß' war das Phänomen „Pegida" schon Thema und endete mit der Frage: „Was kann man also tun?". Die damit verbundene Dynamik und die wöchentlichen neusprießenden „Pegida"-Ableger in anderen deutschen Städten zwangen uns inzwischen mehrfach zum Handeln, zum Beispiel in Suhl. Die derzeitige Entwicklung in Thüringen und auch im Raum Saalfeld-Rudolstadt werden in den nächsten Wochen noch viel mehr Engagement und den Einsatz Aller für Zivilcourage, Vielfalt und demokratische Grundrechte erforderlich machen.

Pegida ist längst über den Dresdner Tellerrand hinaus geschwappt, wöchentlich demonstrieren Zehntausende. Auch in Thüringen gibt es lt. wissenschaftlichen Erhebungen wie dem Thüringen Monitor (2013: 42% fühlen sich „überfremdet") oder den letzten Wahlergebnissen ein hohes Potential für derartige Aktionen. Dass dieses Potential relativ kurzfristig abrufbar ist, haben auch Thüringer Neonazis erkannt und vor kurzem den ersten Thüringer Pegida-Ableger gegründet, er nennt sich „Sügida - Südthüringer gegen die Islamisierung des Abendlandes" und agiert in Suhl. Wir waren im Dezember bereits in Dresden und hatten uns die Pegida-Demos angeschaut, auch dort waren mehrere Hundert Neonazis und rechte Hooligans erkennbar, dominiert wurde das Geschehen aber aus der gesellschaftlichen „Mitte", in der Kombination und Atmosphäre in jedem Fall eine gruselige Mischung. Bei „Sügida" hingegen hatten wir frühzeitig noch vor dem ersten Aufmarsch auf die intensive personelle Verzahnung in die rechte Szene aufmerksam gemacht und die Erwartungen bestätigten sich am 12. Januar, der „Premiere" in Suhl. Über 650 „Sügida" Anhänger kamen und demonstrierten. Mit dem „Islam" oder einer „Islamisierung" hatte der Aufzug relativ wenig zu tun, vielmehr bestanden die Inhalte aus einer allgemeinen üblichen ausländerfeindlichen Hetze und rassistischen Ressentiments. Suhl wurde nicht ohne Grund ausgewählt, dort existiert seit einigen Monaten eine neue Erstaufnahmeeinrichtung für Asylsuchende, welche ebenso wie Flüchtlinge selbst inzwischen Ziel von zunächst nur verbalen, inzwischen leider auch körperlichen Attacken wurde. Konkret stellte sich die Demonstration wie folgt dar: Von den 650 Menschen waren nach unserer Schätzung (und diese wurde später von den Sicherheitsbehörden annähernd bestätigt) mindestens 300 Personen aus dem extrem rechten Spektrum und der Neonazi-Szene anwesend, das bedeutet: rechte Kameradschaften, NPD, Nazi-Hooligans, so genannte „Reichsbürger", welche glauben, dass das „Deutsche Reich" weiter fortbestehe und braune Schlägerbanden, wie zum Beispiel diejenigen, welche im Februar 2014 eine Kirmesgesellschaft in Ballstädt (Landkreis Gotha) brutal überfallen hatten, die blutverschmierten Bilder vom Tatort gingen ja durch die Medien. Angemeldet wurde die Demonstration von der Suhlerin Yvonne W., welche lange zuvor bereits im Internet äußerte, dass sie Ausländer „samt der Gebärmaschinen übern Haufen knallen" möchte, Nichtdeutsche als "faul, dumm, frech...dreck!" betitelt, Polen als "arbeitsscheu, schmuddelig, undiszipliniert, träge und unordentlich" definiert, „den Neger an die Wand stellen" oder Anti-Nazi-Demonstranten „die Zunge rausschneiden" möchte, sowie zum bewaffneten Massaker an Türk_innen in Deutschland, zum „Volksaufstand" und zum „Endsieg" aufrief, sowie „wieder einen Führer" für Deutschland forderte. Katharina König hatte deswegen bereits Tage zuvor bei der Kriminalpolizei Suhl eine Anzeige wegen des Verdachtes auf Volksverhetzung und der öffentlichen Aufforderung zu Straftaten eingereicht und die Versammlungsbehörde informiert. W. selbst erklärte ebenso, seit 21 Jahren die NPD zu wählen und scheint auch mit einer Hildburghäuser Neonazi-Gruppe zusammenzuarbeiten, doch bei ihrem ersten Redebeitrag der „Sügida" Demonstration wollte sie davon nichts mehr wissen, sprach von „haltlosen Anschuldigungen", woraufhin der Mob begann, frenetisch im Chor zu skandieren „Lügenpresse, Lügenpresse...". Ein Blick auf den Rest der Demo-Veranstalter verfestigte den Eindruck. Redner und Mitorganisator Tommy Frenck gilt beispielsweise als Kopf der Neonazi-Gruppe „Bündnis-Zukunft-Hildburghausen" und wurde wegen Körperverletzung verurteilt, weil er einem Kubaner eine Bierflasche auf den Schädel schlug. Dazu andere Neonazis wie Marcus R., der für einen aus Oberhof stammenden Versandhandel der rechten Szene als Katalog-Model posiert und gegen den die Polizei auch wegen gewalttätiger Übergriffe ermittelt. Zentraler Anheizer und Redner war auch ein bayrischer Neonazi, welcher den „arischen" (engl. „aryan") Versandhandel als Geschäftsführer leitet. Er wurde erst vor einigen Wochen wegen des Zeigens eines Hitlergrußes verurteilt und leitete keine 48 Stunden vor der „Sügida"-Demonstration den Landesparteitag der Thüringer NPD in Eisenach. Ihre Reden beklatschten auch zahlreiche so genannte „besorgte Bürger", die sich selbst eher nicht am rechten Rand der Gesellschaft sehen und aus unterschiedlichen Motiven mitliefen, dazwischen schallten Parolen wie „Hier marschiert der nationale Widerstand" oder „Wir sind das Volk". Eine Woche später wiederholte sich das Spektakel am Montag, diesmal kündigte „Sügida" einen prominenten Thüringer an. Gekommen waren zwei, welche beide eine Rede hielten. Einmal, der prominente Holocaust-Leugner Paul Latussek aus Ilmenau, welcher mal Landesvorsitzender vom Bund der Vertriebenen war und vor einiger Zeit bereits über angebliche Lügen über Ausschwitz schwadronierte und den Holocaust leugnete bzw. verharmloste und dafür wegen Volksverhetzung verurteilt wurde. Der andere Prominente war David Köckert, Strippenzieher der Greizer Neonazi-Szene und Landesorganisationsleiter der Thüringer NPD. Er führte in Greiz bereits wochenlang Demonstrationen gegen Flüchtlinge durch und wurde durch seine Reden in Goebbels-Manier bekannt. „Sügida" ist damit ein durch Neonazis und Volksverhetzer getragenes Projekt, erhält jedoch auch nach wie vor Zuspruch aus der so genannten gesellschaftlichen Mitte. Vom Pegida-Erfolgskurs begeistert wurden inzwischen auch andere Regionalableger in Nordhausen und in Saalfeld-Rudolstadt gegründet. Letzterer erhielt zumindest virtuell bei Facebook binnen 48 Stunden über 600 Unterstützer. Darunter auch ein buntes Sammelsurium von sämtlichen Nazis aus dem Landkreis, von der Gruppe „Freies Netz" über rechte Rocker, von Musik-Nazis und NPD über den ehemaligen Thüringer Heimatschutz oder die Jugendclique um Tino Brandt bis zu „besorgten Bürgern" ist fast alles vertreten. Die aus Kamsdorf stammenden Organisatoren weisen ebenso Verbindungen zum rechten Rand auf. Vor dem Hintergrund der Diskussionen um die neue Flüchtlingsunterkunft in Unterwellenborn sowie die geplante Erstaufnahmeeinrichtung auf dem Gelände des ehemaligen Rudolstädter Krankenhauses und die Verankerung der rechten Szene ähneln sich zumindest die Rahmenbedingungen und in Teilen auch das gesellschaftliche Klima, was Pegida-Aufzüge im Städtedreieck leider durchaus begünstigen würde. Der Schritt vom regionalen Online- zum Offlineprotest kann beim Pegidaphänomen ein sehr kurzer sein, bisher fahren die hiesigen „Pegiden" jedoch noch mit Autofahrgemeinschaften nach Suhl, um dort ihre Gleichgesinnten zu unterstützen. Allerdings kann es keinen Grund für Entwarnung ge-

ben, denn spätestens am 1. Mai 2015 wird es in Saalfeld erstmals seit langer Zeit wieder einen überregionalen bzw. bundesweiten Neonazi-Aufmarsch geben, zu dem mehrere Hundert Teilnehmer aus verschiedenen Bundesländern anreisen werden. Die Demonstration wurde bereits angemeldet und wird in der rechten Szene beworben, sie richtet sich thematisch gegen eine vermeintliche „Überfremdung“. Wir alle kommen also in den nächsten Wochen und Monaten gar nicht drum herum, bei uns im Landkreis Farbe zu bekennen und gegen die fremdenfeindliche Stimmungsmache auf Position zu beziehen, damit Nazis, Rassisten und andere Menschenfeinde ihre Propaganda nicht unwidersprochen verbreiten können. Und da kommen wir wieder zur Ausgangsfrage: „Was kann man also tun?“. Je nach eigenen Möglichkeiten, Wirkungsbereichen und gesundheitlicher Verfassung bieten sich eine ganze Reihe an Optionen, hier einige Vorschläge:

1. Am Ball bleiben

...über aktuelle Entwicklung zu „Pegida“ & Co., hier im Anstoß oder tagesaktuell im Internet, z.B. auch auf www.haskala.de, informieren. Gerne informieren wir auch per Email oder im Büro über Neuigkeiten zum Thema.

2. Informieren

Wie sieht‘s aus zum Thema Asyl&Flüchtlinge in der Region, wie läuft eigentlich ein Asylverfahren ab, wie erkennt man heute noch Nazis, wo diese doch seit Jahren schon keine Springerstiefel und Bomberjacken tragen und was sind ihre Strategien? Infos gibt es im Internet, aber auch in Broschüren, die kostenlos bei uns im Haskala erhältlich sind, gerne informieren wir auch direkt, werden aber auch in den nächsten Wochen wieder Veranstaltungen zum Thema anbieten.

3. Mund aufmachen

Egal ob in der Kneipe, am Bahnhof, in der Schule, im Betrieb, auf Facebook oder im eigenen Freundeskreis. Bei rassistischen Aussagen, Beschimpfungen oder Vorurteilen widersprechen! Rechte Argumente lassen sich oft schnell durchschauen und entkräften, hilfreich ist es, sich über Fakten zu informieren. Gerade beim Thema Asyl im Landkreis basieren viele hitzige Äußerungen nicht selten auf Halbwahrheiten und Emotionen. Um auch dem vielleicht mit „Pegida“ sympathisierenden Nachbarn erklären zu können, dass die Mär vom „kriminellen Ausländer“ nur eine Mär ist, dass Thüringen keine Überfremdung bevorsteht, sondern in Thüringen nur 2,16% aller Menschen keinen deutschen Pass haben, dass der Landkreis nicht vor einer „Islamisierung“ steht (0,3% Muslime) und dass die meisten Asylbewerber gerne hier arbeiten würden, aber einfach nicht bzw. nur unter sehr erschwerten Bedingungen arbeiten dürfen, hilft es, Fakten zu kennen. Nicht selten mangelt es auch gerade bei den Pegida-Unterstützern an Fakten.

4. Mit anderen zusammenschließen

Egal ob in Unterwellenborn, in Piesau, in Uhlstädt oder anderswo. Überall gibt es Menschen, die auch keine Lust auf die derzeitige fremdenfeindliche Mobilmachung haben. Sich engagieren geht am besten gemeinsam. Es gibt bereits Initiativen in der Region, zum Beispiel der Grenzenlos Verein für Menschenrechte, das Aktionsbündnis in Rudolstadt oder das Bündnis für Menschenrechte und Toleranz im Landkreis, die sich über weitere Unterstützer freuen. Ebenso hilft es, eigene Feststellungen wie „in der Straße XY habe ich rechte Aufkleber festgestellt“ oder „letzten Freitag war bei uns in der Nachbarschaft eine Zusammenkunft von Rechten, dabei wurden auch Naziparolen gegrölt“ ebenso den anderen Engagierten mitzuteilen, um zeitnah reagieren zu können.

5. Eingreifen, nicht wegschauen

Wenn Flüchtlinge rassistisch angepöbelt werden oder es zu Übergriffen kommt, schauen Passanten nicht selten weg. Besser ist es, sich auf die Seite der Betroffenen zu stellen, je nach Möglichkeit versuchen, sie aus der Situation herauszuholen und einzuschreiten oder bei drohenden Gewalttaten sofort die Polizei zu rufen und sich Kleidung, Größe und Aussehen der Täter für eine spätere Zeugenvernehmung einzuprägen.

6. Fremdenfeindliche Propaganda entsorgen

Wenn Nazi-Aufkleber an Laternen kleben, kann man diese auch entfernen oder überkleben, Aufkleber für eine vielfältige, solidarische Gesellschaft und gegen Nazis gibt es kostenlos auch im Haskala. Bei rassistischen Graffiti-Schmierereien oder Naziparolen ruhig zum Telefon greifen und das Ordnungsamt beziehungsweise die Polizei informieren.

7. Pläne schmieden

Spätestens zum 1. Mai 2015 wollen Hunderte Nazis durch Saalfeld marschieren. Die Palette an Handlungsmöglichkeiten ist sehr lang, vieles ist gar nicht so aufwendig, zum Beispiel alte Bettlaken in Transparente verwandeln und bemalen, Schilder aus alten Wahlkampf-Pappen an einen Holzstiel tackern oder andere kreative Protestformen ausloten. Man kann sich mit anderen vernetzen und gemeinsam Strategien beraten, den Ideen sind da keine Grenzen gesetzt. Der Protest gegen die NPD-Aktionen im Herbst 2014 in Saalfeld und Rudolstadt haben gezeigt, dass vieles möglich ist. Sinnvoll ist es, sich frühzeitig mit anderen kurzzuschließen, um beispielsweise Fragen zu klären wie: „Wie verhalten sich die Akteure des traditionellen 1. Mai-Fests vom Saalfelder Schlosspark anlässlich des Aufmarsches in der Stadt?“.

8. Solidarität leben

Flüchtlinge verlassen nicht leichtfertig ihre Lebenswelt und machen sich auf den riskanten, oft tödlichen Weg nach Europa. Vielfach kommen sie mit dem Wenigsten an und finden hier auch nur das Nötigste vor. Was am meisten fehlt sind Sprachkenntnisse, wer Interesse hat, kann zum Beispiel beim Vermitteln der deutschen Sprache helfen, aber auch einfach mal zum Kennenlernen in einer Gemeinschaftsunterkunft vorbeischauen, ins Gespräch kommen oder sich erkundigen, woran es mangelt und im Freundeskreis nach Sachspenden fragen. Im Januar 2015 konnten wir in der neuen Unterkunft im BZ Unterwellenborn mehrere Umzugskartons mit benötigten Utensilien, die über den letzten Anstoß-Aufruf zusammenkamen, übergeben. Die überwiegend syrischen Bewohner und die Heimleitung haben sich sehr darüber gefreut.

9. Die Erinnerung wachhalten

Am 27. Januar 2015 jährt sich die Befreiung des Konzentrationslagers in Ausschwitz zum 70. Mal und am 8. Mai 2015 der Tag der Befreiung vom Faschismus. Noch gibt es Zeitzeugen des Nationalsozialismus, die von ihren Erlebnissen der systematischen Diskriminierung, von den Auswirkungen des Rassismus, Nationalismus und von den Konzentrationslagern berichten können. Auch in Lehesten gibt es mit dem Förderverein Gedenkstätte Laura e.V. engagierte Mitstreiter, die sich einsetzen. Der generationsübergreifende Dialog, das Besuchen von Veranstaltungen, das Zuhören, all das kann helfen nicht zu vergessen, damit sich Geschichte nicht wiederholt.

10. Aufstehen, stehen oder auch mal sitzen bleiben

Wenn Nazis mit Aufmärschen durch die Straßen ziehen, kann man daneben stehen, eigene Inhalte und Akzente in den Vordergrund stellen, sie auspfeifen, übertönen, sich ihnen in den Weg stellen oder auch mal sitzen bleiben, denn ziviler Ungehorsam kennt viele Facetten – „Sitzblockaden“ sind eine davon. Es gibt kein einheitliches Rezept, es kommt immer auf die Situation an. Was in jedem Fall hilft, um am Tag X erfolgreich sein zu können: Viele Menschen auf die Straße bewegen, Freunde, Nachbarn, Kollegen sensibilisieren und einladen, gemeinsam Farbe zu bekennen, zum Beispiel durch Protest.

Die Aufzählung ist unvollständig und kann gerne weiter fortgesetzt werden!

Rick vom Haskala

Fahrt nach Berlin-Friedrichsfelde

Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus
1945 Befreiung von der Barbarei, Kampf gegen soziale Kälte

Fahrt nach Berlin-Friedrichsfelde: Nie wieder Krieg, nie wieder Faschismus - 1945 Befreiung von der Barbarei, Kampf gegen soziale Kälte

Auch in diesem Jahr fuhren am 2. Wochenende Sozialisten und Sympathisanten nach Berlin, um Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht, die vor 96 Jahren von der deutschen Reaktion ermordet wurden, zu ehren. Im vergangenen Jahr gedachten wir dem Ausbruch des ersten imperialistischen Weltkrieges, vor dem frühzeitig diese beiden Kämpfer damals eindringlich gewarnt hatten. Am 8. Mai begeht die fortschrittliche Welt den 70. Jahrestag der Befreiung. In diesem Kontext der Geschichte und eingebettet in die aktuelle Situation in der Welt lagen die Beweggründe der 24 Teilnehmer für diese Fahrt. Es wurde eifrig und auch kontrovers diskutiert, es wurde auch viel gelacht.

Gedenkstätte der Sozialisten - Auf dem Friedhof Friedrichsfelde - Foto: J.Powollik

Auf dem Weg zum Ehrenmal kam es zu spontanen Gesprächen und Solidaritätsbekundungen. Wir waren eingebettet in eine große Menschenmenge, die die gleichen Sorgen umtrieb und die das gleiche Ziel einer friedlichen und humanistischen Welt haben. Zaghafte Herzen schlugen wieder kräftiger unter den vielen roten Fahnen. Wir sind nicht allein, dies erkannten wir. Höhepunkt war in Friedrichsfelde wieder die große Demonstration. Ca. 20 Minuten lang zogen Tausende vor allem junge Menschen vorbei, Fäuste streckten sich gen Himmel und die Forderungen nach einer friedlichen Welt und besseren Lebensbedingungen für alle wurden lautstark und oft originell von Menschen verschiedener Nationen ausgesprochen.

In einem kleinen Cafe erläuterte uns ein in der DDR ausgebildeter afghanischer Intellektueller seine Hoffnung auf Rückkehr in seine Heimat und die Möglichkeit des Wiederaufbaus seines Landes nach dem Teilabzug der US-Besatzer. Diese Hoffnung hegen nach seinen Kenntnissen viele Afghanen. Wir drücken ihm ganz fest die Daumen.

In der „Volksbühne“ fand der Jahresauftakt der Partei der Europäischen Linken statt. Wir nahmen alle daran teil. Die führenden Köpfe der Partei DIE LINKE analysierten die Ursachen der herrschenden Krisen in der Welt geschichtlich korrekt. Bernd Riexinger stellte fest, die Politik der Troika ist „jämmerlich gescheitert“. Sahra Wagenknecht betonte, Griechenland sei nicht Privateigentum von Angela Merkel. Oskar Lafontaine sagte unter viel Beifall, dass eine Politik der kriegerischen Gewalt und der sozialen Ungerechtigkeiten des Westens den Terrorismus provoziere.

Nicht nur nach der Rede eines führenden Mitgliedes der SYRIZA, einem griechischen Professor für Wirtschaft, erfüllte der Solidaritätsgedanke mit dem griechischen Volk, welches am 25. Januar den Grundstein für eine neue Politik im Interesse der Menschen legen kann, den ganzen Saal. Geld wurde spontan für ein Krankenhaus in Donezk gesammelt.

Künstler, wie Purple Schulz, Ottfried Fischer und Erno Crespi heizten die gute Stimmung mit linken Liedern und Texten an. Nicht zu vergessen die Gäste wie Daniela Dahn, Maite Mola aus Spanien (KP Spanien) und viele andere.

Gern hätten wir uns auch mit Mandatsträgern aus unseren Heimatorten bzw. dem Landkreis bzw. Wahlkreis zu aktuellen Fragen in unserer unmittelbaren Heimat verständigt, doch leider nahm keiner von ihnen an dieser Fahrt teil. Es war wieder eine gelungene Fahrt und alle freuen sich auf die nächste 2016, vieleicht auch mit unseren Abgeordneten. Allen Lesern des Anstoß‘ sei gesagt, wer nicht dabei war, hat etwas ganz Besonderes verpasst. Doch im nächsten Jahr besteht wieder die Hoffnung auf so ein tolles Erlebnis. Es lohnt sich wirklich.

Auf der Rückfahrt wurde der Vorschlag positiv diskutiert, dass anlässlich der Selbstbefreiung des KZ Buchenwald ein Bus organisiert wird der uns gemeinsam zur Veranstaltung am 12.04.2015 auf dem Appellplatz bringt. Dazu laden wir alle Leser herzlich ein. Gegen rechte Geschichtsrevision gemeinsam aufstehen, das sollten wir.

Jürgen Powollik, Thomas Müller
12.01.2015

Veranstaltung in der Volksbühne - Foto: J.Powollik

Unrechtsstaat

eingesandt von Dr. Wolfgang Künzel

Die Thüringer Koalitionsformel zu „Unrechtsstaat DDR“ liegt manchem Linken schwer im Magen. Ein probates Verdauungsmittel hat Prof. Georg Fülberth, Marburger Kommunist und eifriger Zeitungskolumnist, am 5.12.2014 in der Zeitung “Junge Welt“ vorgestellt.

Hier drei Auszüge:

„Bodo Ramelow wurde zum Ministerpräsidenten von Thüringen gewählt, nachdem er die Deutsche Demokratische Republik als Unrechtsstaat bezeichnet hatte. Er hat sich für deren Taten entschuldigt.

Das geht in Ordnung. Marx, Engels und Lenin haben gelehrt, dass alle Staaten Unrechtsstaaten sind, denn ihr Zweck ist die Niederhaltung unterworfener Klassen – im Kapitalismus des Proletariats, im Sozialismus der Bourgeoisie oder deren fünften Kolonnen. Insofern geschieht, gemessen am Menschenrecht auf die Verwirklichung staatsfeindlicher Ziele, in allen Staaten Unrecht.

Bodo Ramelow hätte hinzufügen können, das gelte nicht nur für die DDR, sondern für jeden Staat. Außerdem könnte man ebenso gut jeden Staat als einen Rechtsstaat bezeichnen, denn die Unterdrückung geschehe auf die Dauer nicht willkürlich, sondern nach dem jeweiligen Staatsrecht (Besonders pedantisch, also rechtsstaatlich, war in diesem Punkt die DDR.)

Ramelow war klug genug, sich auf solche Spitzfindigkeiten nicht einzulassen. Ere wäre dann nicht Ministerpräsident geworden...

Dass die DDR ein Unrechtsstaat war, glaubt er (Ramelow) wirklich. Als bekennender Christenmensch hält er noch ganz andere Sachen für wahr.

Es wird gemutmaßt, dass eine Mehrheit seiner Genossinnen und Genossen der Linkspartei über die DDR anders denkt als er. Aber sie werden es verschmerzen....

Im technischen Sinn wird Bodo Ramelow gewiss ein guter Ministerpräsident werden. Er ist tüchtig und eine ehrliche Haut und wird eine Ausnahmefigur unter den Masken im Bundesrat sein....“

Feigheit?

Leserbrief an die OTZ

Den von Herrn Schütze benannten Beispielen für „Satiren, die das Leben schreibt“ kann man viele weitere hinzufügen. Satire ist z. B. auch, wenn ein CDU-Landesvize dem Staatsanwalt die Empfehlung gibt, gegen Abgeordnete von Parteien zu ermitteln, die eine Regierung vereinbart und gebildet haben. Das würde die thüringische Justiz überlasten – sie müsste bei Ihren Untersuchungen im Jahr 1990 beginnen. Satire ist auch, wenn ein OTZ-Redakteur seinen Leserinnen und Lesern mitteilt, dass der Zeitung die Identität zweier SPD-Abgeordneter bekannt ist, die angeblich bestochen werden sollten. Diese geben sich nicht zu erkennen und die OTZ hält sie deshalb geheim. Ist es die Aufgabe einer Zeitung, Feiglinge zu schützen? Oder will sie uns nur sagen „Herr Lehrer ich weiß was...“?

Hubert Krawczyk

Sieht nicht schön aus: Schmierereien am HASKALA

Nachdem am 6. Januar die Schaufenster des HASKALA in Saalfeld zum mehrfach wiederholten Male beschmiert wurden, stellte der Jugendverband Linksjugend [´solid] fest, dass der künstlerische Anspruch des mutmaßlichen Einzeltäters nicht besser geworden und dessen Dosenführung mangelhaft ist. Der Jugendverband bietet dem Täter daher per Facebook einen Graffiti-Workshop an. Abgesehen von der mittlerweile langweilig werdenden Farbe, die auch andernorts im Stadtbild anzutreffen ist, fragt man sich unterdessen, was der Täter dem Wahlkreisbüro „HASKALA“ (ein Wort, das aus dem Hebräischen stammt) und der sich in den Räumen ebenfalls befindlichen Kreisgeschäftsstelle der LINKEN mit dem Schriftzug „Juden-Feinde“ mitzuteilen gedenkt? (Red)

Traditionelle Frauentagsfeier des Stadtverbandes Saalfeld

8.März 2015

K*Star

Einlass 14 Uhr - Beginn 15 Uhr

Es singt der Gospelchor Saalfeld

Traditionell werden fleißige Bäckerinnen und Bäcker um Kuchenspenden gebeten

Die „Laura“

Unser Kreisverband ist kollektives Mitglied im Förderverein Gedenkstätte Laura e.V. – damit repräsentiert er als einziger eine im Kreistag vertretene politische Partei.

Diese Mitgliedschaft und Mitarbeit bleibt uns Herzenssache.

Im März findet die jährliche Hauptversammlung statt, in der Bilanz gezogen und über neue Vorhaben beraten wird.

Das Jahr 2014 war für den Verein, seine vielen Helfer und Unterstützer ein sehr ergebnisreiches.

Die KZ-Gedenkstätte „Laura“ in Schmiedebach wurde in den vergangenen 3 Jahren umfassend saniert, erweitert und modernisiert und umfasst heute alle noch vorhandenen Gebäude sowie das Hauptareal des ehemaligen Lagers „Laura“. Mit der Schaffung eines multifunktionalen Besucherzentrums, der Erweiterung der Ausstellung auf die gesamte große Scheune sowie der Einbeziehung und Erläuterung vorhandener Spuren im Gelände kann heute die Geschichte des Lagers, die Hintergründe seiner Entstehung sowie die Darstellung des Leidens und Überlebenskampfes der Häftlinge viel eindrücklicher sichtbar gemacht und dem Ort des Erinnern, Gedenkens und politischen Lernens eine neue Qualität verliehen werden.

Unser gemeinnütziger Förderverein Gedenkstätte Laura e.V. unterstützt seit seiner Gründung 1998 die Gedenkstätte durch die Gestaltung von Projekten besonders für Jugendliche, hält Kontakt zu noch lebenden ehemaligen Häftlingen und deren Familien, wirkt an Gedenkveranstaltungen mit und hat durch mehrere Filmprojekte und Publikationen die Öffentlichkeitsarbeit und Bildungsarbeit der Gedenkstätte qualitativ bereichert. So war der Besuch des ehemaligen, hochbetagten belgischen Häftlings Auguste Verfaille mit einer großen Gruppe von Schülern und Lehrern aus Waterloo ebenso erlebnisreich wie die gut vorbereiteten Projekte mit Gymnasialklassen aus Saalfeld und Kronach.

Seit Sommer 2014 arbeitet der Förderverein an der Neuveröffentlichung der deutschen Ausgabe des Standardwerkes „Häftling 20801“ des Franzosen Aimé Bonifas, das im Westkreuz Verlag Berlin in der Reihe „Das Konzentrationslager“ erscheinen wird. Spätestens zu den Gedenkfeierlichkeiten anlässlich des 70. Jahrestages der Befreiung im April, eventuell auch schon zur Leipziger Buchmesse Mitte März soll das Buch der Öffentlichkeit präsentiert werden.

Die Kosten für die Herstellung des Buches übernimmt der Förderverein, benötigt dazu jedoch noch Unterstützung.

Aufmerksam wurde durch die Öffentlichkeit die Tätigkeit von Restauratoren verfolgt, die durch sorgfältige Arbeit Authentisches in der Unterkunft der ehemaligen Kapos zu Tage förderten.

Unser Verein wird sich auch weiterhin in unserer politisch sehr brisanten Gegenwart als engagiertes Medium der Bildung und Erziehung einbringen. Dazu bitten wir auch weiterhin um interessierte Unterstützung – sowohl personell als auch finanziell.

Für die bisherige Förderung und Hilfe bedanken wir uns beim Kreisverband DIE LINKE und seinem Vorstand.

Gerhard Hahn

Der ehemalige Häftling August Verfaille und belgische Schüler im April 2014 in Laura
Foto: G.Hahn

12.April 2015

DIE LINKE. Saalfeld-Rudolstadt und Saale-Orla-Kreis laden gemeinsam mit dem VVN-BdA Rudolstadt-Saalfeld zur Teilnahme an der

Kranzniederlegung anlässlich des 70. Jahrestages der Selbstbefreiung der Häftlinge des KZ Buchenwald

ein. Es ist für die Hin-und Rückfahrt nach Buchenwald ein Bus (45 Plätze) reserviert, Fahrpreis 10,00 €/Person.

Abfahrt

Pößneck, Busbahnhof	12.00 Uhr
Saalfeld Busbahnhof	12.15 Uhr
Rudolstadt Busbahnhof	12.30 Uhr

weitere Zustiege nach rechtzeitiger Abstimmung möglich.

Rückfahrt

gegen 16.00 ab Buchenwald

Bitte bei
Charlotte Förster
0160/96027729 für Pößneck
Sabine Österreicher
03671/615477 für Saalfeld
Thomas Müller
0173/3709099 für Rudolstadt

bis 15. 2. 2015 anmelden.

Eine gute Auslastung des Busses ist erforderlich!

VVN-BdA

Zu Gast auf der Jahrestagung des dbb in Köln

Rainer Kräuter auf der 56.Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes

Während Genossinnen und Genossen meines Kreisverbandes zum traditionellen Gedenken an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht in Berlin weilten, startete ich in eine völlig andere Richtung. Vom 11. bis 13. Januar 2015 konnte ich auf Einladung des Thüringer Beamtenbundes (tbb) an der 56. Jahrestagung des Deutschen Beamtenbundes (dbb) in Köln teilnehmen.

Dabei hatte es sich wohl beim tbb noch nicht herumgesprochen, dass ich u.a. auch das Feld Gewerkschaftspolitik in unserer Fraktion bearbeite.

In Köln wurde ich von einer Kollegin des tbb noch auf der Straße angesprochen und sofort in die Gruppe des tbb aufgenommen. Einige staunten bei meiner Vorstellung, andere kannten meinen Namen, aber das Gesicht nicht, anderen wieder war ich bestens (oder zumindest überhaupt) bekannt.

Der Bundesverband dbb ist mit rund 1,3 Millionen Mitgliedern die große deutsche Interessenvertretung für Beamte und Tarifbeschäftigte im öffentlichen Dienst und im privaten Dienstleistungssektor. Der tbb existiert seit 1991 in Thüringen. Er vereinigt derzeit 33 Mitgliedsgewerkschaften und tritt als Dachverband für die Interessen aller Beschäftigten im Freistaat Thüringen ein. Mit der Aufnahme der Bezeichnung „und tarifunion“ in seinen Namen im Jahr 2005 vollzog der tbb auch nach außen sichtbar die „Öffnung“ für Tarifbeschäftigte. Das allseits bekannte Kürzel tbb blieb dabei gewahrt und wird im allgemeinen Sprachgebrauch auch weiterhin genutzt.

Der tbb tritt ein für:

- eine leistungsgerechte Bezahlung und Teilhabe an der allgemeinen Einkommensentwicklung
- die Rückkehr zu einer bundeseinheitlichen Besoldung
- den Ausbau der Mitbestimmungsrechte der Personalvertretungen zugunsten einer stärkeren Einflussnahme auf personelle, soziale und organisatorische Entscheidungen
- den Einsatz für eine gleichberechtigte Behandlung und Einsatz beider Geschlechter im öffentlichen Dienst
- die Vereinbarkeit von Beruf und Familie.

Während die Fachgewerkschaften die fachspezifischen Interessen ihrer Mitglieder vertreten, wird die fachübergreifende Interessenvertretung beim dbb gebündelt. So wird Kompetenz und Stärke erreicht, um Ziele zu verwirklichen.

Zu Beginn der Tagung kritisierte der Bundesvorsitzende des dbb, Klaus Dauderstädt, die Bundesregierung in Anwesenheit des Bundesinnenministers. Dabei ging es vor allem um die Ablehnung, Kindererziehungszeiten bei der Rente auch systemkonform anzuerkennen und auf die Beamtenversorgung zu übertragen. Klaus Dauderstädt beschrieb die Ablehnung als inakzeptabel und ungerecht. Bei Verschlechterung des Rentenrechtes klappe die Übertragung in den Beamtenbereich prima, gäbe es Verbesserungen, werde die Übertragung abgelehnt oder käme nicht mehr in Frage.

Scharfe Kritik gab es zum Thema Gesetz zur Tarifeinheit. Hierbei verstoße die Bundesregierung sogar eindeutig gegen das Grundgesetz. Ein Thema, das spannend bleiben wird...

Frank Tempel, Mitglied der Thüringer Bundestagsgruppe der LINKEN, hat den Gesetzentwurf zurückgewiesen und appellierte an die Abgeordneten im Deutschen Bundestag, ein solches Gesetz nicht zuzulassen.

Nach meiner Auffassung schränkt dieses Gesetz die Handlungsfähigkeit von Gewerkschaften erheblich ein und ist für mich eine bewusste Täuschung der Öffentlichkeit. In dem Gesetz wird dem Worte nach das Streikrecht nicht angetastet, aber in Wirklichkeit sieht das völlig anders aus.

Ein zentrales Thema war die Gewalt gegen Beschäftigte im öffentlichen Dienst ein. Dabei waren sich die Veranstaltungsteilnehmer aller Bundesländer darin einig, dass Gewalttaten gegen Staatsbedienstete inzwischen in vielen Bereichen zunähmen.

Rainer Kräuter - Foto: privat

Wer die Bediensteten des Staates angreift, griffe den Staat an, hieß es. Diese Taten müssten schnell und hart geahndet werden. Zudem benötigten die Bediensteten Kontroll- und Überwachungsgeräte, ohne jede Behörde gleich in einen Hochsicherheitstrakt zu verwandeln.

Die Tagung sprach sich für den Umbau von unübersichtlichen Einzelbüros in besser einsehbare und mit der Umgebung vernetzte Einheiten aus. Dabei müssen die Beschäftigten in Gewaltprävention und Deeskalation geschult werden.

Grundsätzlich hatte ich den Eindruck, dass die Veranstaltungsteilnehmer auch etwas zu Gewalt innerhalb des öffentlichen Dienstes diskutiert hätten. Mobbing und Bossing, schlechte Vorgesetzte, sind auch eine Art von Gewalt, wie mir in vielen Einzelgesprächen versichert wurde.

Die Jahrestagung des dbb sprach sich dafür aus, die Leistungen im öffentlichen Dienst nicht als Produkt und die Bürgerinnen und Bürger nicht als Kunden zu betrachten. Wir haben schließlich nichts zu verkaufen, so der Bundesvorsitzende. Schnelle, effektive öffentliche Verwaltung kann man schlecht mit den Maßstäben der freien Wirtschaft messen. Die Entwicklungen im Öffentlichen Dienst machen deutlich, dass das der falsche Weg war und ist.

Dem kann ich mich nur bedingt anschließen. Der öffentliche Dienst braucht Parameter, mittels derer die Abläufe bestimmten Qualitätskriterien unterzogen werden können, um Prozesse in der öffentlichen Verwaltung zu optimieren.

Rainer Kräuter

Deutlich, massiv und finanzstark

Hessens Ministerpräsident und RWE: politisch-atomare Altlasten?

„Sehr deutlich, sehr massiv und sehr finanzstark.“ So beschrieb der im Mai 2012 geschasste Umweltminister Norbert Röttgen die Atomlobby nach den Verhandlungen über die Laufzeitverlängerung. Wir erinnern uns: Im Jahre 2010, kurz nach Bildung des neuen schwarz-gelben Merkel-Kabinetts brandete mit dem Koalitionsvertrag die Debatte um Laufzeitverlängerungen für die deutschen Atomkraftwerke auf.

Ralph Lenkert, Thüringer Abgeordneter für den Deutschen Bundestag (Jena, Gera und den Saale-Holzland-Kreis) ist umweltpolitischer Sprecher der Fraktion DIE LINKE

Hunderttausende gingen damals auf die Straße, um gegen dieses Profitprogramm für die Deutsche Atom- und Energiewirtschaft zu demonstrieren. Die Gesetzgebung im Bundestag war ein formaler Schweinsgalopp, den selbst Bundestagspräsident Norbert Lammert kritisierte. Sicherheitsbedenken wurden vom Tisch gekehrt und die Energiekonzerne, die sich bezüglich Energiewende in fossiler Starre befanden, konnten aufatmen. Dann kamen im März 2011 die tragischen Ereignisse um das Seebeben und den Tsunami in Japan. Die Welt wurde Augenzeuge eines größten anzunehmenden atomaren Unfalls in Fukushima. Die Merkel-Regierung verhängte ein Moratorium für die ältesten deutschen Atomkraftwerke für drei Monate, in denen dann plötzlich doch Sicherheitsbedenken ausgeräumt werden sollten. Das Moratorium endete im Juni 2011 und kurz darauf griff Anfang August der energiepolitische Richtungswechsel der Koalition zurück zum Atomausstieg. Die sieben alten Atommeiler blieben dauerhaft vom Netz sowie das Pannen-AKW Krümmel.

Seither ist die Atomlobby sauer. Panikmache vor winterlichen Blackouts wurde verbreitet und Schadenersatzklagen vorbereitet. Mit einer dieser Klagen befasst sich nun ein Untersuchungsausschuss im Hessischen Landtag. RWE klagt gegen das Land Hessen um die Verdienstausfälle während und nach dem Atommoratorium für seine Altmeiler Biblis A und B. Die formale Zuständigkeit und juristischen Restriktionen, mit der das Moratorium und die anschließende Komplettabschaltung der Altmeiler damals durchgesetzt wurden, ist Gegenstand diverser Gerichtsverfahren. Fakt ist, dass es mehrheitlicher öffentlicher und politischer Wille gewesen ist. Immerhin, den grünen und linken Oppositionen ging selbst das nicht weit genug.

Die Frage, die es heute zu klären gilt, ist, ob der damalige und noch amtierende Hessische Ministerpräsident Bouffier dem Energiekonzern RWE mit einem bestimmten Schreiben einen Gefälligkeitsdienst erwiesen hat, der den Steuerzahlern des Landes jetzt hunderte Millionen Euro kosten könnte. Mit dem Ende des Moratoriums am 15. Juni 2011 hätte RWE Biblis wieder hochfahren und ans Netz bringen können. Denn die Stilllegung des Atomkraftwerks bekam erst am 6.August Gesetzesrang. Gleichwohl wurde RWE damals eine Woche vor Ende des Moratoriums durch Bouffier signalisiert, dass mit dem Wiederanfahren des AKW mit einer unmittelbaren Reaktion der Bundesatomaufsicht und, als vollstreckende Behörde, der hessischen Atomaufsicht zu rechnen sei. Der damalige RWE-Chef Großmann bat ausdrücklich um dieses Schreiben, Kanzleramtsminister Pofalla sagte ihm dies bereits Tage vorher zu.

Dass dieses Schreiben nun Teil der Klageschrift der RWE gegen das Land Hessen ist, eröffnet Raum für Spekulationen. RWE begründete seinerzeit in einer Pressemitteilung das Nichtwiederanfahren mit den Worten: „Damit wird auch dem Wunsch der Politik Rechnung getragen, die während des Moratoriums abgeschalteten Anlagen nicht mehr zur regulären Stromerzeugung einzusetzen.“ Was sich hier nach Rücksichtnahme gegenüber Politik und Gesellschaft anhört, kostete dem Konzern eine Million Euro pro Tag Verdienstausfall. Da es hierzulande und schon gar nicht bei der Atomlobby üblich ist, auf derartige Profitmassen aus Rücksichtnahme zu verzichten, stellt sich die Frage, wer hier wem welchen Nutzen gebracht hat. Dass die RWE auf Schadenersatz klagen wird, hat sie seinerzeit bereits angekündigt. Wie sicher man sich dort der Erfolgsaussichten war, ist pure Spekulation.

Welche Rolle das dubiose Schreiben des Ministerpräsidenten dabei spielt, wird DIE LINKE Opposition des hessischen Untersuchungsausschusses zu klären versuchen. Wieviel Engagement die Grünen der Aufklärung der Vorgänge widmen werden, wird vermutlich im indirekten Verhältnis zu ihrem Verständnis von Staatsräson stehen. Immerhin regieren sie heute an Seite der CDU.

Dass die Atomlobby Kontakte zu hochrangigen Politikern in Bund und Ländern hat, wenn sie sie nicht sogar selbst stellt, ist nichts Neues. Insofern überrascht auch der aufgetauchte Briefwechsel zwischen Bouffier und Großmann letztendlich wenig. Wie wenig die Gesellschaft mit Bund und Ländern aber den Folgen der Demütigung der Atomwirtschaft entgegenzusetzen hat, zeigt sich in den gerichtlichen Erfolgen derjenigen, die Jahrzehnte mit hunderten Milliarden Euro gefördert wurden, dabei viele Milliarden Euro Profit machen konnten und sich nun unrühmlich aus ihrer Verantwortung über ihre Hinterlassenschaften stehlen wollen. Schätzungen zufolge wird die Abwicklung des Atomkraftwerkparks zwischen 19 Milliarden (AKW-Betreiber) und 60 Milliarden (Umweltverbände) Euro kosten. Hinzu kommen die Entsorgungskosten der atomaren Müllberge auf unbestimmte Zeit. Hierfür sollten die AKW-Betreiber nach Atomgesetz vorgesorgt haben. Die genaue Höhe ihrer Rückstellungen ist indes nicht bekannt. Schätzungen belaufen sich auf 34 – 36 Milliarden Euro. Diese Gelder stehen aber nicht, wie man meinen könnte, auf Abruf bereit. Sie kursieren in Wertpapieren und Beteiligungen auf den Finanzmärkten und stecken teilweise in Kraftwerksanteilen.

Wenn die Rückstellungen vom Staat nicht schnellstens in einen öffentlichen Fonds überführt werden, ist ungewiss, ob sie jemals zur Finanzierung des Atomelends herangezogen werden können. Vattenfall hat bereits versucht, seine ruinösen Atommeiler in die Verantwortung des Staates zu entlassen. E.on will erneuerbarer Energiekonzern werden und seine Atomsparte in eine Art „Bad Bank“ überführen – die wird wohl in Insolvenz gehen. Mit den alten Energiekonzernen steht es wegen der Erneuerbaren Energiewende und unfähigen Managern wirtschaftlich nicht zum Besten. Gehen die Konzerne Pleite, dann sind die Entschädigungsforderungen der RWE für den Stillstand von Biblis nur ein Klacks, verglichen mit den Kosten und den Aufgaben, die dann an die Allgemeinheit übergehen. DIE LINKE will die Profiteure der Atomstromerzeugung zur Verantwortung ziehen: „Sehr deutlich, sehr massiv und sehr finanzstark.“ Und zwar jetzt!

Ralph Lenkert, MdB Thüringen

Dank für 2014 – Herausforderungen in 2015

Brief der Parteivorsitzenden zum Jahreswechsel an die Mitglieder der LINKEN

Bernd Riexinger

Katja Kipping

Liebe Genossinnen und Genossen, das politische Jahr geht für unsere Partei mit einem Paukenschlag zu Ende. Zum ersten Mal stellt DIE LINKE den Ministerpräsidenten eines Bundeslandes. Der 5. Dezember 2014, der Tag der Wahl im Erfurter Landtag, wird einen wichtigen Platz in den Geschichtsbüchern unserer Partei, aber auch denen der Bundesrepublik einnehmen. Die Wahl von Bodo ist politische Zäsur, sie ist Ausdruck politischer Normalität und sie ist Chance und Herausforderung zugleich. Als gesamte Partei sind wir aufgefordert unsere Thüringer Genossinnen und Genossen in den kommenden fünf Jahren solidarisch zu begleiten.

Anders als für unsere Partei war das Jahr 2014 im Rückblick aber auch gesamtgesellschaftlich ein Jahr des politischen Stillstandes unter der Großen Koalition. Diese verbreitet eine Stimmung des passiven Abwartens; die politische Großwetterlage ist durch die Fortsetzung des neoliberalen Status quo mit Kurskorrekturen, die Zunahme von internationalen Krisen und durch einen politischen Rechtsruck geprägt. Der Aufstieg der AfD, aber der auch auf den Straßen geführte Kulturkampf und rechtspopulistische Aufmärsche stellen uns für die nächsten Jahre vor große Herausforderungen.

Auch 2014 war DIE LINKE - als stärkste Oppositionspartei im Deutschen Bundestag - wirkungsvolles Sprachrohr für Kritik und gesellschaftliche Alternativen. Es ist uns gelungen, unsere Alternativen zur Großen Koalition im Parlament und in der Öffentlichkeit sichtbar zu machen und zu stärken. Mit unserer Kritik an den Ausnahmen beim Mindestlohn, der Rentenpolitik, an der Politik der »schwarzen Null« konnten wir Profil und Alternativen aufzeigen. Wir sind, auch dank des riesigen Engagements von Euch, Teil eines sich breit verankernden Widerstands gegen die Freihandelsabkommen mit Kanada und den USA. In der Friedenspolitik erfahren wir - mit unserer Kritik an der Neuauflage einer Politik des Kalten Krieges in der Ukraine-Krise und an Rüstungsexporten - breiten gesellschaftlichen Zuspruch über unsere Mitgliedschaft hinaus.

Bei den Landtagswahlen in Sachsen, Brandenburg und Thüringen haben wir engagierte Wahlkämpfe geführt, ebenso bei elf Kommunalwahlen. In den letzten Wochen erleben wir wieder verstärkt rassistisch und fremdenfeindlich motivierte Demonstrationen gegen Flüchtlinge. Viele von Euch beteiligen sich an Gegendemonstrationen oder helfen Flüchtlingen konkret, zum Beispiel durch Sprachunterricht oder Sachspenden. Durch Euren Einsatz vor Ort, durch Eure Wahlkampfaktivitäten, die Gespräche, die Ihr mit den Menschen führt, durch Euer Engagement über das gesamte Jahr prägt Ihr das Bild unserer Partei, sorgt Ihr für die Verankerung und Verbreitung unserer Partei in der Gesellschaft. Wir wissen Euer Einsatz ist nicht selbstverständlich, auch deshalb wollen wir uns noch einmal bei Euch herzlich bedanken!

Wir alle wissen aber auch, mehr aktive Mitglieder in den Basisorganisationen wären aus vielen Gründen eine Bereicherung. Deshalb sollten wir uns gegenseitig einen politischen Weihnachtswunsch erfüllen und der Partei neue Genossinnen und Genossen schenken. Hierzu senden wir Euch mit diesem Schreiben Motive zur Mitgliedergewinnung, die Ihr per E-Mail beziehungsweise in den sozialen Medien verbreiten könnt.

Das Jahr 2015 hält weitere Herausforderungen bereit: Die Hansestädte Hamburg und Bremen wählen neue Bürgerschaften. In beiden Parlamenten sind wir vertreten und haben den Ehrgeiz unsere Ergebnisse zu verbessern - auch das geht nur gemeinsam. Deshalb bitten wir Euch schon heute um Unterstützung der Genossinnen und Genossen: www.die-linke.de/plakatspende.

Daneben wollen wir uns im kommenden Jahr auf zwei inhaltliche Großprojekte konzentrieren:

- die Kampagne »Das muss drin sein«, die am 1. Mai 2015 starten soll (mehr Informationen: www.die-linke.de/kampagne/eckpunkte)
- die »Linke Woche der Zukunft« vom 23. bis 26. April 2015 (mehr Informationen: linkewochezukunft.die-linke.de)

Beide Veranstaltungen leben davon, dass Ihr Euch in die Vorbereitung und die Umsetzung einbringt. Insbesondere die Kampagne gegen prekäre Arbeit und prekäres Leben ermöglicht die Sichtbarkeit unserer Partei vor Ort und die Einbindung von Menschen, die bislang nicht Mitglied unserer Partei sind, weil wir Themen aufgreifen, die alle betreffen.

Über beide Formate werden wir in den kommenden Wochen und Monaten weiter informieren, um Euch einzuladen die Veranstaltungen zu gemeinsamen zu machen.

Wir wünschen Euch eine besinnliche Vorweihnachtszeit, schöne Feiertage und einen guten Rutsch ins Neue Jahr!

Solidarische Grüße

Katja Kipping und Bernd Riexinger
Parteivorsitzende

Anm.d.Red.
Dieser Brief vom 17.12. sollte bereits im Januar veröffentlicht werden. Aus Kapazitätsgründen war dies leider nicht möglich.

Bundesarchiv, Bild 183-14077-0005 / CC-BY-SA

22.Februar

Zum 175. Geburtstag von August Bebel
(Einige Stationen seines Lebens)

August Bebel wurde am 22. Februar 1840 in Köln-Deutz als Sohn eines preußischen Unteroffiziers geboren. Er erlernte das Drechslerhandwerk.

1865 Vorsitzender eines Arbeiterbildungsvereins in Dresden.

1866 trat er der I. Internationale bei.

1869 schlossen sich in Eisenach der ADAV und die Sozialistische Arbeiterpartei zur SDAP zusammen. Bebel wurde Vorsitzender.

1868 bis 1871 Abgeordneter im Norddeutschen Reichstag, dann bis 1913 Abgeordneter im Deutschen Reichstag.

Bebel sah den Reichstag als Instrument zur Verbesserung der Lage der Arbeiter an. Er war aktiv beim Arbeitsschutz, der Frauen- und Kinderarbeit.

1870 protestierte er gegen die Annexion von Elsaß-Lothringen, er forderte Frieden mit der französischen Nation. Mit anderen stimmte er gegen weitere Kriegskredite. Die Partei und Bebel wurden als „Vaterlandsverräter“ beschimpft. Er solidarisierte sich mit der Pariser Kommune.

1872 erhielten Bebel und Wilhelm Liebknecht im Leipziger Hochverratsprozess 2 Jahre Festungshaft. Er nutzte diese Zeit zu umfangreichen Studien.

1877 kam er erneut in Haft, da er das Militärbudget dem der Volksschulerziehung gegenüberstellte. Er bekannte sich zu Engels' Theorie vom Wissenschaftlichen Sozialismus, ging aber an seine Arbeit von der praktischen politischen Arbeit heran. Er hatte ein enges Verhältnis zu Engels.

Während des Sozialistengesetzes 1878-1890 nutzte er sein Mandat zum Überleben der Partei.

1889 nahm er an der Gründung der Sozialistischen Internationale teil.

1891 war er maßgeblich am Erfurter Programm beteiligt. Bis zu seinem Tode war er einer der beiden Vorsitzenden der SPD.

1912 erhielt die SPD bei den Reichstagswahlen zwei Drittel der Stimmen und wurde so die stärkste Fraktion im Reichstag. Das war auch auf die Rolle Bebels zurückzuführen.

Im Reichstag war Bebel der Redner der SPD, der die größte Aufmerksamkeit auf sich zog.

Sein wichtigstes publizistisches Werk ist „Die Frau und der Sozialismus“.

Am 13. August 1913 starb August Bebel in Churwalden in der Schweiz.

Termine, Termine

- **Di 10. Feb 2015 – 14.00 Uhr**
  „Zum Pappenheimer“ Saalfeld
  Seniorentreff
- **Sa 14. Feb 2015 – 9.00 Uhr**
  „Zum Pappenheimer“ Saalfeld
  Klausurberatung des
  Kreisvorstands
- **Di 17. Feb 2015**
  Wandergruppe (s.S. 12)
- **Di 17. Feb 2015 – 18.00 Uhr**
  Haskala – Stadtvorstand Saalfeld
- **So 8. März 2015 – 14.00 Uhr**
  K*Star Saalfeld – Frauentagsfeier
  des Stadtverbandes Saalfeld
  (siehe Seite 7)
- **Di 10. März 2015 – 14.00 Uhr**
  „Zum Pappenheimer“ Saalfeld
  Seniorentreff
- **Fr 20. März 2015 – 23.45 Uhr**
  Frühlingsanfang

Die nächste Mitgliederversammlung der Basisorganisation

_____

ist am _____ um ____ Uhr

Ort: _____

Jugend- und Wahlkreisbüro “Haskala”
Katharina König (MdL) Saalstraße 38, 07318 Saalfeld
Tel.: 03671 - 515489 Fax: 03671 - 515490
www.haskala.de info@haskala.de

Mo 11-16 Uhr
Di 11-16 Uhr
Do 13-18 Uhr
Fr 13-18 Uhr

השכלה HASKALA
IDEE AUFKLÄRUNG VERSTAND

Wandern am 17.02.2015 nach Kamsdorf

Ihr trefft Euch in Unterwellenborn – Röblitz, von hier aus führen Euch Inge und Gerlind nach Kamsdorf. Hier werdet Ihr im „Zollhaus“ zu Mittag essen. Danach könnt Ihr von dort mit dem Bus nach Saalfeld fahren oder zurück nach Unterwellenborn laufen und von hier aus fahren.
Ich wünsche Euch schönes Wetter, ich werde an Euch denken!

Hinfahrt:	**Linie 545**
Krankenhaus	10.09 Uhr
Dürerstraße	10.14 Uhr
Markt	10.16 Uhr
Bahnhof Saalf.	10.19 Uhr
Gorndorferstr.	10.22 Uhr
Krankenhaus	10.17 Uhr
Geraerstraße	10.24 Uhr
U-born/Röblitz	**10.28 Uhr**

Rückfahrt:	**Linie 545**		
Kamsdorf	14.16	14.59	15.24 Uhr
Röblitz	14.27	15.10	15.35 Uhr
Geraerstr.	14.31	15.14	15.39 Uhr
Gornd.-Str.	14.33	15.16	15.41 Uhr
Bahnhof	14.37	15.20	15.45 Uhr
Graben	14.40	15.23	15.48 Uhr
Krank.haus	14.44	15.27	15.52 Uhr

Eure Bärbel

Impressum: V.i.S.d.P: Kreisvorstand
DIE LINKE. Kreisverband Saalfeld - Rudolstadt
Saalstr.38 – 07318 Saalfeld - Geschäftszeiten: Di 9.30 - 12.00
Tel./Fax: vorrübergehend Nummer des HASKALA
E-Mail: rgeschaeftsstelle@die-linke-saalfeld-rudolstadt.de
Bankverbindung: IBAN: DE67 8305 0303 0000 4500 22
BIC:HELADEF1SAR
- kostenlos, aber nicht umsonst: um Spende wird gebeten -
Redaktionsschluss: **22.01.2015**
Die nächste Ausgabe erscheint voraussichtlich
am 20.03.2015 (online) am 03.03.2015 (gedruckt)
Zuarbeiten, Beiträge, Wortmeldungen und Termine bitte in der Geschäftsstelle abgeben oder an die Redaktion per Mail senden spätestens **bis 19.01.2015 an redaktion.anstoss@gmx.de**
Namentlich unterzeichnete Beiträge stellen persönliche Meinungen des Autors dar und sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen. Es besteht kein Recht auf Veröffentlichung unaufgefordert zugesandter Beiträge. Die Redaktion behält sich das Recht vor, Beiträge sinnwahrend zu kürzen.